

„Honnefer Erklärung“ zu den Sozialwahlen 2011

menschlich. sozial. gerecht.

Diese drei Leitworte sind für die Zukunft der Sozialen Sicherung in Deutschland nach Überzeugung der Mitgliedsorganisationen der ACA

- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB)
- Kolpingwerk Deutschland (Kolping)
- Bundesverband der Evangelischen Arbeitnehmerorganisationen (BVEA)

unverzichtbar. Im Mittelpunkt alle Reformen, die der Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme dienen, muss der Mensch stehen. Es geht um seine Würde als Versicherter/Versicherte und Beitragszahler/-in, als Patient/-in oder Rentner/-in. Kern der sozialen Sicherungssysteme ist die Solidarität der Jungen mit den Alten, der Gesunden mit den Kranken, der Arbeitsfähigen mit den Arbeitsunfähigen und der Leistungsstarken mit den Leistungsschwachen in unserer Gesellschaft.

Die Hilfen überall und jederzeit zu erhalten, die notwendig und lebenserhaltend sind, schafft Gerechtigkeit in den sozialen Sicherungssystemen. Der Schutz des Einzelnen / der Einzelnen durch die Gemeinschaft – das ist die Welt, die wir wollen.

Zum Auftakt der Sozialwahlen 2011 trafen sich vom 4. bis 6. Februar im Katholisch-Sozialen Institut / Bad Honnef die Kandidatinnen und Kandidaten der gemeinsamen Listen von KAB, Kolping und BVEA mit den Verantwortlichen und Mitstreiter/-innen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA). Als Ergebnis ihrer Tagung mit Professor Dr. Werner Sesselmeier von der Universität Koblenz-Landau, 1. Vorsitzender der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, zum Thema „Alles Scheindebatten in der Tagespolitik? Welche tragfähigen Reformen braucht die Sozialversicherung wirklich?“ verabschiedeten sie zu den Schwerpunkten Renten-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung die „Honnefer Erklärung“:

**Für die sozialen Sicherungssysteme brauchen wir
eine „solidarische und nachhaltige Finanzierung“**

In der sozialen Selbstverwaltung sind die christlichen Sozialverbände sowohl Partner für alle Versicherten und Mitglieder bei ihren konkreten Fragen als auch Partner für Politik und Gewerkschaften bei Fragen zur Zukunft von Rente, Gesundheit, Pflege und Schutz im Berufsleben.

KAB, Kolping, und BVEA nehmen damit die Herausforderung an, sich für Reformen in den sozialen Sicherungssystemen einzusetzen und dabei die Interessen ihrer Mitglieder und der Versicherten zu wahren und in die Debatten einzubringen. Es ist oberstes Prinzip, die Systeme auszubauen und zukunftsfest zu gestalten, die Solidarität in den Systemen zu stärken und die Eigenverantwortung aller zu fördern. Dazu gehört, die Prävention und Rehabilitation nachhaltig auszubauen.

Parität hat Priorität

Die solidarische Finanzierung braucht die Parität in der Rentenversicherung, in den Kranken- und Pflegeversicherungen. Arbeitgeber sollten wieder in gleichem Umfang an der entgeltbezogenen Mittelaufbringung beteiligt werden.

- Wir wollen, dass die Rente auch in Zukunft zu einem menschenwürdigen Leben reicht und vor Altersarmut schützt. Die gesetzliche Rentenversicherung muss deshalb zu einer „Solidarischen Alterssicherung“ weiterentwickelt werden.
- Wir wollen, dass allen Versicherten bei Krankheit, Behinderung, Pflege oder Unfall unabhängig von Einkommen, Alter oder sozialer Schicht eine umfassende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu Teil wird.

Basis wird breiter

Die nachhaltige Finanzierung gibt eine Antwort auf die Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme. Sie berücksichtigt den Finanzbedarf angesichts der älter werdenden Gesellschaft (demografischer Faktor und Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern) und die Abhängigkeit von der lohnzentrierten Erwerbsarbeit (negative Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und Nichtabsicherung durch Sozialversicherungen). Die Basis bei den Einnahmen muss breiter werden:

- Wir wollen, dass der Versichertenkreis in der Rentenversicherung erweitert wird.
- Wir wollen, dass alle Einkunftsarten in den Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen zur Finanzierung herangezogen werden, um einerseits den Faktor Arbeit zu entlasten und andererseits die Risiken aus dem Arbeitsmarkt und der veränderten Lebensgestaltung zu verringern.

Unterstützung durch Politik

Eine solidarische und nachhaltige Finanzierung ist die Stütze der sozialen Sicherung. Sie allein reicht auf Dauer nicht. Sie braucht Unterstützung durch die Politik, und zwar in der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und der Familienpolitik. Die Integration für möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt schafft Einkommen und Beiträge für die Sozialkassen. Die Integration ist abhängig von einer Bildungspolitik, die zum einen junge Menschen aus allen sozialen Schichten auf einen Beruf vorbereitet und zum anderen Arbeitnehmer/-innen ständig qualifiziert, um Arbeitsplätze zu sichern. In der Familienpolitik geht es von der Versicherungsfreiheit für Familienangehörige bis hin zur Unterstützung für pflegende Familienangehörige.

Reformen voranbringen

In der gesetzlichen Rentenversicherung setzen sich KAB, Kolping und BVEA dafür ein, die „Sockelrente“ nach dem Modell der Katholischen Verbände als Element einer Mindestsicherung einzuführen. Sie wollen damit drohende Altersarmut umfassend verhindern und eine eigenständige Alterssicherung von Frauen und Männern fördern. Die gesetzliche Rentenversicherung soll zu einer Erwerbstätigen-Versicherung erweitert werden.

- Wir setzen uns dafür ein, dass das Risiko der Erwerbsminderung besser abgesichert wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass wir langfristig ein einheitliches Rentensystem in Ost und West erhalten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Regierungskommission „Vermeidung von Altersarmut“ Anhörungen organisiert, in denen wir uns mit unseren Vorstellungen einbringen können.

In der gesetzlichen Krankenversicherung setzen sich KAB, Kolping und BVEA dafür ein, den Einfluss des Staates zu mindern, die Position der Selbstverwaltung gegenüber Politik und Leistungserbringern zu stärken, den Krankenkassen wieder die volle Beitragshoheit zu verleihen und das Sachleistungsprinzip nicht systemfremd einzuschränken.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Zuschüsse des Staates zur Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Leistungen solange erhöht werden, bis ein vollständiger finanzieller Ausgleich erreicht ist.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bürger/-innen unabhängig von ihrem Status jederzeit im Krankheitsfalle zu angemessenen Beiträgen umfassend geschützt und barrierefrei am medizinischen Fortschritt beteiligt sind.

In der gesetzlichen Pflegeversicherung setzen sich KAB, Kolping und BVEA dafür ein, auch hier eine solidarische und nachhaltige Finanzierung zu schaffen. Dabei geht es um eine würdevolle Behandlung aller Pflegebedürftigen und eine Unterstützung gleichermaßen der pflegenden Angehörigen und der Ehrenamtlichen sowie der Frauen und Männer in Pflegeberufen. Die Pflegeversicherung muss bald auf die klar erkennbare Veränderung der Bevölkerungsstruktur reagieren, insbesondere durch einen solidarisch aufzubauenden Kapitalstock beziehungsweise eine Nachhaltigkeitsreserve im System.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kinder erziehenden Versicherten durch einen nach deren Zahl gestaffelten Abschlag bei den Beiträgen entlastet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Pflegebegriff insgesamt so gestaltet wird, dass er auf den Grad der verbliebenen Selbstständigkeit ausgerichtet ist.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das derzeitige System der Kontrolle und der Bewertung von Pflegeleistungen verbessert wird. Das heutige Notensystem reicht bei weiten nicht aus.

In der gesetzlichen Unfallversicherung, die als einziger Sozialversicherungszweig von den Arbeitgebern allein finanziert wird, setzen sich KAB, Kolping und BVEA dafür ein, die Berufsgenossenschaften und die öffentlichen Unfallversicherungsträger als tragende Säule der sozialen Sicherung zu erhalten. Eine Privatisierung wird grundsätzlich abgelehnt. Gesundheitliche und berufliche Leistungsfähigkeit ist unverändert mit allen geeigneten Mitteln nach Unfällen oder berufsbedingten Erkrankungen wieder herzustellen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung der Wegeunfälle in der gesetzlichen Unfallversicherung erhalten bleibt.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Berufskrankheiten-Recht überarbeitet wird mit dem Ziel, der ansteigenden Anzahl der psychischen Erkrankungen adäquat Rechnung zu tragen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Gefährdungsbeurteilung in allen Betrieben und Unternehmen tatsächlich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben durch geeignete Maßnahmen (Schulungen, Kontrollen) durchgeführt und das Arbeitsschutzgesetz umgesetzt wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die branchenspezifische Prävention und die Versichertennähe, insbesondere in den fusionierten Berufsgenossenschaften, sichergestellt werden.

Von Menschen für Menschen. Das ist die Solidarität, die wir meinen. Dafür setzen sich bei den Sozialwahlen 2011 und in der Sozialpolitik die Mitgliedsorganisationen der ACA – ihre Kandidat/-innen und Mandatsträger/-innen – mit allen Kraft und ihrer christlicher Überzeugung ein. Das schöpferische Mitwirken vieler Beteiligter an der Zukunftsgestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme ist eine Voraussetzung dafür, dass in einem erweiterten Europa die vielbeschworene Bürgergesellschaft verwirklicht werden wird.

Bad Honnef, 6. Februar 2011
Verabschiedet von den Teilnehmer/-innen
der ACA Auftakt-Veranstaltung
zu den Sozialversicherungswahlen 2011

Redaktion der „Honnefer Erklärung“

Lucia Schneiders-Adams (Rentenversicherung),
Udo Schulte-Mimberg (Krankenversicherung und Pflege),
Martina Stabel-Franz (Berufsgenossenschaften),
Jürgen Peters und Georg Hupfauer (Bundesvorstand).

V.i.S.d.P.

Bundesvorsitzender Georg Hupfauer
Bernhard-Letterhaus-Str. 26 · 50670 Köln · Telefon 0221-7722-137 · Telefax: 0221-7722-135
Bundesgeschäftsstelle
Kolpingplatz 5-11 · 50667 Köln · Telefon 02 21/2 07 01 -153/154 · Telefax 02 21/2 07 01-38
Postfach 10 08 41 · 50448 Köln
Darlehenskasse im Bistum Essen 74 590 012 (BLZ 360 602 95)